

Neue Kolonien

01.02.2010, BERLIN/PORT-AU-PRINCE (*Eigener Bericht*) - Anlässlich der Übernahme staatlicher Hoheitsrechte in Haiti durch westliche Mächte plädieren deutsche Medien für eine Neubewertung kolonialer Herrschaft. In vielen Weltgegenden seien inzwischen "neue Formen von 'Kolonien'" zu finden, schreibt eine große Tageszeitung; dabei könne der Begriff "Kolonie" positiv gewertet werden und stehe für "nachhaltiges Engagement". Neue Aufmerksamkeit findet der Vorschlag eines einflussreichen Wirtschaftswissenschaftlers, in Armutsstaaten der Dritten Welt koloniale Stützpunkte zu errichten; auch Deutschland könne künftig "als Kolonialmacht" auftreten, wird der Ökonom zitiert. Grundlage der Plädoyers ist die sich nach der Intervention in Haiti durchsetzende Ansicht, die völkerrechtliche Souveränität von Armutsstaaten sei nicht mehr in jedem Fall schützenswert und dürfe zumindest zeitweise von den Großmächten außer Kraft gesetzt werden. Dies äußern konservative und linksliberale Medien übereinstimmend. Damit schließen sie an frühere Diskussionen an, bei denen - etwa nach dem Zyklon in Myanmar 2008 - unter dem Schlagwort "Responsibility to Protect" ("R2P") ein Recht auf auch gewaltsame Intervention nach Naturkatastrophen gefordert worden war.

Nur noch eingeschränkt souverän

Die Diskussion um "R2P", an die die aktuelle Debatte um die Preisgabe der Souveränität Haitis inhaltlich anknüpft, wurde im Frühjahr 2008 nach der damaligen Unwetterkatastrophe in Myanmar angefacht. Grundlage war eine von verschiedenen westlichen Staaten, darunter Deutschland, forcierte Polit-Konzeption mit der Bezeichnung "Responsibility to Protect" ("R2P"), die von dem Grundgedanken ausgeht, dass jeder Staat die Verpflichtung hat, seine Bevölkerung zu schützen. Kommt ein Staat dieser Verpflichtung nach Ansicht der Großmächte nicht in ausreichendem Maße nach, hätten diese demnach das Recht, zum Schutz der Bevölkerung sogar militärisch zu intervenieren (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Damit stellt das Konzept den völkerrechtlichen Grundsatz der Staatensouveränität in Frage, der schwächere Staaten vor Einmischung der Großmächte bewahren soll. Zu den prominenten Befürwortern von "R2P" gehört unter anderem der jetzige NATO-Botschafter der USA.

"Als Protektorat besser bedient"

Dass die damalige Diskussion Früchte getragen hat, zeigt sich in der aktuellen Debatte um die Übernahme zentraler staatlicher Hoheitsrechte in Haiti vor allem durch die USA, aber auch durch die EU, die eine Gendarmerietruppe nach Port-au-Prince entsendet.[2] Die Ansicht, die Souveränität von Armutsstaaten sei nicht grundsätzlich schützenswert und dürfe von den Großmächten zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt werden, setzt sich in der deutschen Öffentlichkeit mittlerweile durch. So heißt es in der konservativen Presse: "Für eine Übergangszeit muss Haiti eine Art humanitäres Protektorat werden".[3] Der Eingriff in die Souveränität von Armutsstaaten könne durchaus "richtig sein", wenn er "zeitlich befristet bleibt", schreibt eine linksliberale Wochenzeitung.[4] Dort wird explizit darüber nachgedacht, ob "gescheiterte, verlorene oder schlichtweg lebensunfähige Staaten nicht mit einem Dasein als Protektorat besser bedient" seien. Für Port-au-Prince erscheine "die jetzt naheliegende staatliche Selbstaufgabe fast logisch", heißt es in dem Blatt; es sei "eine offene Frage", "ob der Staat Haiti überhaupt wiederbelebt werden soll".[5]

Kolonialstädte

Das Klima zunehmender Missachtung der staatlichen Souveränität von Armutsstaaten schafft mittlerweile Raum für Plädoyers, die koloniale Polit-Experimente befürworten oder sogar auf eine Neubewertung offen kolonialer Herrschaft zielen. So erfährt inzwischen ein Konzept des

prominenten US-Ökonomen Paul Romer neue Aufmerksamkeit, das die Gründung von Städten in Armutsstaaten durch westliche Großmächte vorsieht ("Charter Cities"). In den Städten soll die Gesetzgebung der Großmächte gelten; westliche Unternehmen sollen dort unter deren Schutz tätig sein, wobei sie von den Niedriglöhnen in den umliegenden Gebieten profitieren. Das Konzept erinnert stark an die alten Handelskolonien der europäischen Mächte, die sich auf einzelne Stützpunkte zur Abwicklung ihrer Handelsgeschäfte beschränkten und zunächst auf die teure und riskante Eroberung ganzer Länder verzichteten. Den Export- und Importinteressen europäischer Firmen war damit eine Zeitlang Genüge getan. Paul Romer schlägt de facto eine Erweiterung des alten Modells vor allem um industrielle Produktionsstätten in seinen "Charter Cities" vor. Dem US-Ökonomen zufolge sei die Bundesrepublik wegen ihrer weithin vergessenen kolonialen Vergangenheit die ideale Macht zum Errichten neuer Kolonialstädte.[6]

"Unsere Kolonie"

Ausdrücklich als erstrebenswert charakterisiert ein Beitrag, den letzte Woche eine der größten deutschen Tageszeitungen druckte, neue koloniale Beziehungen der Großmächte zu den Armutsstaaten der Dritten Welt. Der "Höhepunkt des Kampfes um eine abstrakte Unabhängigkeit" sei "vorbei", heißt es in dem Text, der in der Tageszeitung "Die Welt" erschien, mit Blick auf Referenden in den französischen Kolonien Guyana und Martinique, in denen kürzlich eine stärkere Loslösung von Paris aus Furcht vor Mittelkürzungen abgelehnt wurde. Über solche Fälle hinaus könne man heute "in allen schwierigen Regionen der Welt" neue Formen von "Kolonien" beobachten - etwa in Haiti seit der westlichen Katastrophen-Intervention. Dort mache das Wort "'Neokolonialismus' die Runde, doch diesmal mit einem positiven Beiklang", behauptet der Autor: Es stehe "für nachhaltiges Engagement" und sei "nicht unfreundlich gemeint". Man wisse in den abhängigen Ländern, dass es unvermeidlich sei, "dauerhafte Brücken zwischen den starken und den prekären Nationen" zu bauen. Zwar spreche man in diesem Kontext "nicht offiziell das böse K-Wort (Kolonie, d. Red.) aus". "Im Alltag" aber sei "doch von 'unserer Kolonie' die Rede".[7]

Krieg ist Engagement

Die Sprache, in der das Loblied auf die neuen Kolonien verfasst ist, zeigt die Orwell'schen Dimensionen, die der offiziöse Polit-Jargon staatstragender Kreise mittlerweile unter dem Eindruck eines immer aggressiveren Hegemonialstrebens annimmt. So heißt es über Länder, die angesichts stetiger Einflussnahme von außen nicht zu einer eigenständigen Entwicklung finden konnten - wie etwa Haiti -, die "Bedingungen" dort seien einfach "schwierig". Über die Geschäftstätigkeit westlicher Konzerne in armen Ländern, wo in aller Regel Rohstoffe ausgebeutet und niedrigste Löhne profitmaximierend genutzt werden, heißt es: "Dies Engagement hat freilich einen Preis." [8] "Engagement" dient als Sammelbegriff, der jegliche Tätigkeit im Ausland, humanitäre wie militärische, vereint. So ist vom "Engagement" von Hilfsorganisationen ebenso die Rede wie vom "Engagement" des Militärs in Afghanistan, bei dem es sich um einen Besatzungskrieg unter Inkaufnahme von Massakern an der Zivilbevölkerung handelt. Vom westlichen "Engagement" unterscheidet die Propagandasprache nur den Feind - "Nomaden des Terrors". Sie betreiben "terroristische Kriegführung" und werden bedingungslos bekämpft.[9]

[1] s. dazu [Das Recht des Stärkeren](#)

[2] s. dazu [Unter Zwangsverwaltung](#)

[3] Haiti ist nicht am Ende; Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.01.2010

[4] Michael Jäger: Von Haiti nach Afghanistan; freitag.de 28.01.2010

[5] Lutz Herden: Protektorat Haiti; freitag.de 19.01.2010

[6] US-Ökonom empfiehlt Deutschland als Kolonialmacht; Spiegel Online 25.01.2010

[7], [8], [9] Die neuen Kolonien; Welt Online 27.01.2010